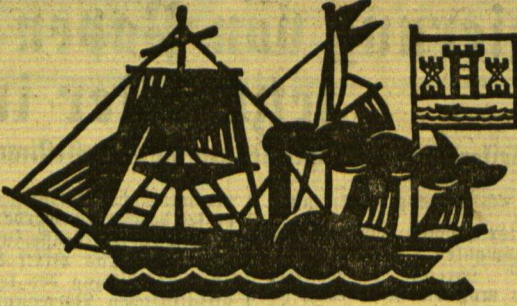


Erstausgabe täglich nachmittags 5 Uhr, außer an Sonn- und Feiertagen...



Anzeigen kosten für den Raum der Innenseite im Memelgebiet und in...

Memeler Dampfboot

Südbende Tageszeitung des Memelgebiets und des übrigen Litauens

Nummer 180

Memel, Mittwoch, den 3. August 1932

84. Jahrgang

Die Regierung Papen und der Reichstag

Die Regierung werde sich nicht um die Bildung einer Koalition im Reichstag bemühen, erklärt Papen

Mit. Berlin, 2. August. Der Reichskanzler gewährte gestern dem Vertreter der „Association Presse“, Vogner, ein Interview, in dem er erklärte,

keine Regierung beabsichtige keinesfalls, sich um die Bildung einer Koalition im Reichstag zu bemühen, die zur Unterstützung der Reichsregierung auf die Parteien angewendet ist, aus denen sie sich zusammenfüge

Wenn die Wahl überhaupt eine besondere Bedeutung gehabt habe, dann bestünde diese darin, daß das deutsche Volk das Bestreben der Regierung entgegen habe, sich bald von der Parteikontrôle zu befreien.

Zu den außenpolitischen Problemen bemerkte der Kanzler, daß die deutsche Regierung nicht eine Politik der Autarkie zu ihrer Hauptpolitik mache.

Zum Schluß verneinte der Kanzler, daß die Absicht bestehe, die kommunistische Partei als außerhalb des Gesetzes stehend zu erklären.

Mit. Berlin, 2. August.

In politischen Kreisen, die der Reichsregierung nahe stehen, werden die Behauptungen einzelner Zeitungen, daß der Ausgang der Reichstagswahlen eine Niederlage für die Regierung Papen bedeute, zurückgewiesen.

Kann man nicht bestreiten, daß die Regierung jetzt eine Basis gefunden habe, auf der sie fruchtbare Arbeit in dem von dem Reichskanzler in seiner Rundfunkrede angegebenen Sinne leisten kann.

Reichskanzler v. Papen hat in seiner Rundfunkrede den Weg gezeigt, den die Regierung zu gehen gedenkt.

Eine Kompromißlösung ist nötig - schreibt der „Völkische Beobachter“

Mit. München, 2. August.

Der „Völkische Beobachter“ schreibt zu dem Wahlausgang u. a.: Zwei Ergebnisse der Wahl vom 31. Juli seien es, die vor allem in die Augen fallen: Das unaufhaltsame Vordringen der N.S.D.A.P. und die Tatsache, daß es den übrigen Gruppen, die sich zur nationalen Opposition rechnen, in keiner Weise gelungen sei, auch ihrerseits einen Sammelpunkt zu werden, um zu den 37,4 Prozent, die die N.S.D.A.P. heute darstellt, noch 14 Prozent hinzuzufügen.

Es ergebe sich, daß es einer eisernen Hand, zugleich aber einer Kompromißlösung bedürfe, um die kommunistische Gefahr zu bannen.

Weiter schreibt das Blatt, rein technisch-arithmetisch sei auf Grund des Wahlergebnisses eine einheitliche Regierungsbildung auch nur in bezug auf große Fragen nicht möglich.

überregieren an der N.S.D.A.P. müsse nunmehr endgültig der Vergangenheit angehören.

Mit. München, 2. August. Die Nationalsozialistische Korrespondenz schreibt heute zum Wahlausgang, der N.S.D.A.P. stünde mit 230 Mandaten nun die politische Führung im Reich zu.

Goebbels fordert Regierungsgewalt

Mit. Rom, 2. August. Eine römische Zeitung veröffentlicht heute eine Unterredung eines Berliner Vertreters mit

Goebbels, der die Ueberlassung der Regierungsgewalt an die Nationalsozialisten als die einzige Möglichkeit bezeichnet

Die Königsberger Attentate

Sauff seinen Verlegungen erlegen

Mit. Königsberg, 1. August.

Der kommunistische Führer, Stadtverordneter Sauff, ist am Vormittag seinen schweren Verlegungen erlegen.

In der Bürgerschaft und der Presse schließt man auf einen planmäßigen Zusammenhang aller Vorgänge von heute morgen auch aus der Gleichzeitigkeit der Ereignisse, sowie aus dem Umstand, daß die Feuerwehr 33 mal in Gegenden gerufen wurde, in denen kein Anlaß zum Erscheinen bestand.

Die zuständige amtliche Stelle tritt dem heute aufgetretenen Gerücht über eine Verhängung des Belagerungszustandes entgegen.

Schluß mit dem Terror?

Die „Königsberger Allgemeine Zeitung“ nimmt zu den schweren Zwischenfällen wie folgt Stellung:

Die Stadt Königsberg hat als fast einzige von allen deutschen Städten den Schandfleck zu verzeichnen, die Nacht nach den Wahlen, die eigentlich einen zehntägigen Bürgerfrieden einleiten sollte, durch eine Kette planmäßiger blutiger Zwischenfälle gekennzeichnet zu haben.

Es wäre ein Verbrechen gegen das deutsche Volk und das deutsche Vaterland, sagte Dr. Goebbels, wollte man die Nationalsozialisten an der Übernahme der Regierungsverantwortlichkeit verhindern.

Der Termin der Einberufung des Reichstages

Mit. Berlin, 2. August. Der neue Reichstag muß nach der Verfassung spätestens am 30. Tage nach der Wahl, also am 30. August, zu seiner ersten Sitzung zusammentreten.

Die Königsberger Attentate

Kraft aufbieten, um die Schuldigen zu finden und weitere Zwischenfälle mit brutaler Energie zu unterdrücken.

Wir wissen uns auch mit der ordnungsliebenden Bevölkerung aller Parteien in Königsberg einig, wenn wir unseren tiefsten Abscheu über derartige Methoden des politischen Kampfes aussprechen, die bei planmäßiger Fortsetzung nur zum Bürgerkrieg und zum Chaos führen können.

In diesem Zusammenhang ist noch nachzutragen, daß am Sonnabend nachmittag in Königsberg der Nationalsozialist Reinke beim Verteilen von Flugblättern von einem Kommunisten plötzlich überfallen und durch Messerstiche in den Hals so schwer verletzt wurde, daß der Tod auf der Stelle eintrat.

Ein Telegramm an Gayl

Die „Königsberger Hartungische Zeitung“ hat an den Reichsinnenminister Dr. Freiherrn von Gayl ein Telegramm folgenden Wortlauts geschickt:

Die Gefahr äußerer Bedrohung Ostpreußens, in deren ernster Einschätzung wir uns mit der Reichsregierung einig wissen, wird seit Wochen in zunehmendem Maße verschärft durch die bedenkliche

Loderung der inneren Ordnung und Sicherheit. Nach vielfachen Drohungen gegenüber Gewerbetreibenden und republikanischen Persönlichkeiten in der Provinz, nach Boykottverhängungen und blutigen Zusammenstößen sind die widergesetzlichen, planmäßigen Einschüchterungsversuche gegenüber den Kreisen, die den Anspruch der Nationalsozialisten auf diktatorische Alleinübernahme der Macht auf Grund der deutschen Reichsverfassung bestreiten, in Königsberg in der heutigen Nacht zu einem unerträglichen Maße gesteigert worden durch Mordattentate auf politische Persönlichkeiten, Versöhnungsakte gegen republikanische Verlage, Plünderung eines Waffengeschäftes und Brandstiftungen.

Wir richten an Sie, Herr Reichsminister des Innern, auch als Ostpreußen, die dringende Aufforderung, von den Zentralstellen aus alle Maßnahmen zu fördern, die in der abgegangenen Provinz Ostpreußen Leben und Eigentum sichern.

Im Namen der Eisernen Front und aller angeschlossenen Organisationen hat heute vormittag der sozialdemokratische Abgeordnete Barßen an den Reichspräsidenten und den Reichskanzler Telegramme geschickt, in denen unter Bezugnahme auf die Vorgänge in Königsberg schärfste Maßnahmen erbeten werden.

Erklärungen der Nationalsozialisten

Mit. Berlin, 2. August.

Die N. S. D. A. P. hat durch die Gauleitung Ostpreußen eine Erklärung veröffentlicht, in der es u. a. heißt, daß die Gauleitung der N. S. D. A. P. mit den Vorfällen in Königsberg nicht das geringste zu tun habe und sie aufs schärfste verurteile.

Mit. München, 2. August. Zu den Vorfällen in Königsberg bemerkt der „Völkische Beobachter“, die N.S.D.A.P. bedauere derartige Vorfälle, aber sie seien die Schuld eines Systems, dessen Unfähigkeit zu erzieherischer Arbeit den Boden für die mörderischen Verbrechen geschaffen habe.

Der „Völkische Beobachter“ bezeichnet diese Erklärung als erfreuliche klare Stellungnahme. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt, gerade weil Hitler und seine Partei bisher mustergheltige Disziplin bewahrt haben, müßte gefordert werden, daß die zuständige Gruppe der Partei in Königsberg diesen Vorkommnissen unverzüglich ernste Aufmerksamkeit zuzuwende.

Bracht warnt

Mit. Berlin, 1. August.

Der mit der Wahrnehmung der Geschäfte des preussischen Innenministers beauftragte Bevollmächtigte Reichskommissar für Preußen, Dr. Bracht, erklärt folgenden Aufruf:

Die Wahl ist vorbei, das Volk hat gesprochen. Die völlige Wiederherstellung des inneren Friedens ist jetzt oberstes Gebot. Gewalt und Terror müssen endlich der Achtung vor dem Gesetz weichen. Die Heiligkeit des Menschenlebens darf nicht weiter angetastet werden.

Ich warne zum letzten Male! Ich warne auch alle Organisationen, wie jeden Einzelnen, weiter zum Blutterror zu gehen. Die Presse hat sich jeder Aufspitzung der Leidenschaft, auch durch unrichtige Berichterstattung, zu enthalten. Anderenfalls hat sie schwerste Eingriffe in ihre Freiheit zu befürchten.

Wie die Attentate auf Bahrfeldt und Sauff vor sich gingen

Mit. Königsberg, 1. August.

Zu dem Anschlag auf Regierungspräsident Dr. v. Bahrfeldt gab dieser auf dem Krankenbett einem Vertreter der „N. A. Z.“ eine Reihe folgender Einzelheiten bekannt: Regierungspräsident Dr. v. Bahrfeldt wohnt im Hause Haarbückerstraße 17, einer Duerstraße der

Gewaltige Explosionen in Emmerich und in Newyork

Mit. Emmerich, 2. August.

Die Stadt wurde heute morgen gegen 10 Uhr durch eine gewaltige Detonation in Schrecken versetzt. Die Drydo-Werke, eine Zweigabteilung der Werke Houry und van der Launde, waren in die Luft geflogen.

Infolge der Explosion wurden in den anliegenden Straßen Hunderte von Fensterheiben zerstört und auch die Dächer teilweise abgedeckt. Durch umherfliegende Glassplitter wurden mehrere Personen verletzt. Die Unfallstelle ist abgesperrt.

Mit. Newyork, 2. August.

Im Kellergeschoss eines Farbenladens in der Park Avenue ereignete sich kurz, nachdem dort ein Brand ausgebrochen war, eine äußerst heftige Explosion, durch die das benachbarte Volkenslagerhotel „Ritz Towers“ erschüttert wurde.

Bei der Explosion wurden einzelne Trümmer bis zu einer Höhe von über 15 Metern geschleudert. Zahlreiche Fenster und Schaufensterscheiben wurden eingedrückt, und alle Gegenstände, die sich in den Auslagen eines Juweliergeschäftes befanden, auf die Straße geworfen.













